

SPD UB-Parteitag 01.04.2014

Antrag **EU 1**

Status: **in geänderter Form beschlossen**

Antragsteller **AK Europa**

Titel **Für ein Europa mit Zukunft**

1 Der SPD-Unterbezirksparteitag begrüßt Bürgerinitiativen wie „# pulse of Europe“ und deren
2 Bemühungen um eine Neubelebung des Gedankens der europäischen Freundschaft. Wir
3 sollten bei dem Ausdruck unserer Wertschätzung für die europäischen Errungenschaften aber
4 nicht stehen bleiben, sondern fordern ausdrücklich dazu auf, konstruktive Kritik zu üben und
5 Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung und Stabilisierung zu machen.

6
7 Europa steht unter Druck. Während von außen die weltpolitischen Herausforderungen an den
8 Grenzen der Europäischen Union keinen Halt machen, geraten im Innern die Fundamente
9 europäischer Werte und Zusammenarbeit ins Wanken. Das europäische Integrationsprojekt
10 und mit ihm alle überzeugten Europäerinnen und Europäer stehen vor der gewaltigen Aufgabe,
11 dem Gezerre von innen und den Kräften, die dieses Projekt zum Einsturz bringen wollen, zu
12 widerstehen. Dass eine weit verbreitete EU-Skepsis oder gar Feindlichkeit und ein
13 grassierender Rechtspopulismus überhaupt so viel Auftrieb bekommen, liegt nicht zuletzt auch
14 daran, dass sich die EU und ihre Bürgerinnen und Bürger voneinander entfremdet haben und
15 der Rückhalt für ein geeintes und politisches Europa schwindet. Dabei braucht die EU ihre
16 Bürgerinnen und Bürger und diese wiederum profitieren von einer stabilen und wirkmächtigen
17 Union. Es ist an der Zeit, die Europäische Union wieder als Chance für die Zukunft zu begreifen
18 und für ein gestaltendes statt verwaltendes Europa einzutreten. Nur gemeinsam können die
19 europäischen Staaten im globalen Kontext ihre grundlegenden gesellschaftlichen Werte und
20 Interessen wirkungsvoll wahren. Ohne Frage können wir dabei auf den Errungenschaften der
21 vergangenen Jahrzehnte aufbauen. Viel wurde bislang erreicht und die europäische Einigung
22 hat zu einer einmaligen Periode des Friedens beigetragen. Doch allein auf den Erfolgen der
23 Vergangenheit dürfen wir uns nicht ausruhen. Die Idee europäischer Zusammenarbeit muss
24 weitergedacht und vertieft werden. Die Sozialdemokratie muss sich dafür einsetzen, dass die
25 Europäische Union sozialer, demokratischer und in ihrem Funktionieren nachvollziehbarer
26 wird.

27
28 Für ein sozialeres Europa

29
30 Zweifellos hat die Politik der Europäischen Union zahlreiche und spürbare Erfolge vorzuweisen.
31 Sie hat sich zum erfolgreichsten Wirtschaftsraum der Welt entwickelt und erheblich zu
32 Wohlstand und Entwicklung in ihren Mitgliedsstaaten beigetragen. Doch trotz alledem ist der
33 nicht ganz unberechtigte Eindruck entstanden, dass die europäische Politik vor allem die
34 Interessen von Unternehmen im Blick hatte und auch die Mitgliedsstaaten die europäische
35 Bühne eher nutzen, um ihre eigenen wirtschaftlichen und nationalen Interessen durchzusetzen
36 und sogar gegeneinander auszuspielen. Die letzten Jahre – geprägt von Finanzkrise,
37 massenhafter Jugendarbeitslosigkeit, Stagnation und prekären Arbeitsverhältnissen – haben
38 gezeigt, dass diese Politik dem europäischen Zusammenhalt einen Bärendienst erwiesen hat.

SPD UB-Parteitag 01.04.2014

Antrag **EU 1**

Status: **in geänderter Form beschlossen**

Antragsteller **AK Europa**

Titel **Für ein Europa mit Zukunft**

39 Europa läuft Gefahr, auseinanderzubrechen. Darum bedarf es einer Vertiefung der
40 europäischen Integration durch eine soziale Dimension! Die Staaten Europas müssen mehr
41 Solidarität wagen: sowohl untereinander als auch gegenüber allen europäischen Bürgerinnen
42 und Bürgern. Die Mitwirkung in der Europäischen Union darf am Ende nicht allein in einer rein
43 ökonomischen Kosten-Nutzen-Rechnung münden, sondern muss sich an einem europäischen
44 Gemeinwohl orientieren. Dazu gehört, neben dem zivilen Frieden auch sozialen Frieden zu
45 fördern und zu schaffen. Damit dies gelingt, muss die EU eine soziale Ausrichtung ihrer Politik
46 vorantreiben und mit sozialpolitischen Maßnahmen einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit in
47 und zwischen den Mitgliedsstaaten leisten. Insgesamt muss jede Bürgerin, jeder Bürger und
48 jeder Staat vom europäischen Projekt profitieren können. Durch einen europäischen
49 Solidaripakt, der die sozialstaatlichen Instrumente der Mitgliedsstaaten ergänzt und die
50 Menschen vor den Auswirkungen ökonomischer Krisen und Fehlentwicklungen schützt, kann
51 ein großer Wurf hin zu mehr Gerechtigkeit in der EU gelingen. Ein derartiges Projekt muss mit
52 Priorität vorangetrieben werden.

53

54 Für ein demokratischeres Europa

55

56 Europa krankt jedoch nicht allein an seinen immensen inneren Ungleichheiten. Auch mit Blick
57 auf ein Mehr an Demokratie ist ein großer Sprung längst überfällig. Schon ein Blick auf die
58 Wahlbeteiligungen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament zeigt, dass die Menschen die
59 demokratische Qualität der EU nicht ernst nehmen und sich durch „Brüssel“ kaum
60 repräsentiert fühlen. Die Politikgestaltung auf europäischer Ebene wird vielfach als
61 intransparent, bürgerfern und elitär wahrgenommen. Das muss sich ändern! Die EU kann ihre
62 Glaubwürdigkeit nur zurückgewinnen und den Anspruch aufrechterhalten, die
63 Interessenvertreterin der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu sein, wenn die Belange der
64 Menschen auch wirkmächtig repräsentiert und erkennbar in den politischen Prozess
65 eingespeist werden. Dies kann nur durch die Schaffung eines echten parlamentarischen
66 Regierungssystems gelingen, in dem die Kommission als europäische Regierung direkt dem
67 Europäischen Parlament verantwortlich ist und von den Abgeordneten sowohl gewählt als
68 auch abberufen werden kann. Das Parlament muss der zentrale Gesetzgeber im politischen
69 System der EU werden – mit allen parlamentarischen Kontroll- und Mitwirkungsrechten. Damit
70 das Parlament zum Repräsentanten aller Europäerinnen und Europäer wird, brauchen wir ein
71 einheitliches europäisches Wahlrecht, transnationale Kandidatenlisten der europäischen
72 Parteien und basisdemokratisch gewählte Spitzenkandidaten, die um das Amt des EU-
73 Regierungschefs in einem echten politischen Wettbewerb konkurrieren. Erst wenn politische
74 Alternativen zur Wahl stehen, die Verantwortlichkeit politischer Entscheidungen für die
75 Wählerinnen und Wähler ersichtlich ist und politisches Handeln von ihnen sanktioniert werden
76 kann, wird auch die Legitimität der EU und ihrer Politik an Zuspruch gewinnen.

SPD UB-Parteitag 01.04.2014

Antrag **EU 1**

Status: **in geänderter Form beschlossen**

Antragsteller **AK Europa**

Titel **Für ein Europa mit Zukunft**

77

78 Für ein transparenteres Europa

79

80 In den letzten Jahren wurde viel dafür getan, die politischen Strukturen und Prozesse der EU
81 sichtbarer und verständlicher zu machen. Das allein reicht aber noch nicht aus! Die
82 institutionellen Strukturen und Verfahren sind so komplex, dass sie nur noch von wenigen
83 Experten durchschaut werden können. Verdruss ist damit vorprogrammiert. Denn für
84 demokratische Gesellschaften ist die Nachvollziehbarkeit politischer Entscheidungen und ihres
85 Zustandekommens unverzichtbar. Daher müssen sich die Mitgliedsstaaten gemeinsam mit
86 dem Europäischen Parlament, der Kommission und der Zivilgesellschaft auf den Weg begeben,
87 der Europäischen Union eine klare, nachvollziehbare und transparente Verfassung zu geben,
88 die die politischen Kompetenzen sinnvoll ordnet und Entscheidungsstrukturen vereinfacht.
89 Dazu gehört, die verschiedenen Politikbereiche entweder in rein europäische oder nationale
90 Verantwortung zu geben und mit einer Verästelung der Zuständigkeiten ein Ende zu machen.
91 Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen können, wer was wie entscheidet. Der Schritt hin
92 zu einem föderalen politischen System unter Berücksichtigung bürgernaher, kommunaler
93 Strukturen ist die konsequente Weiterentwicklung der bislang erfolgten Integrationsarbeit.
94 Aus dem diffusen Zusammenspiel von Rat und Parlament sollte ein durchschaubares und
95 scharf konturiertes Zweikammern-System entstehen, in dem der Rat die Belange der
96 Mitgliedsstaaten und das Parlament die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas
97 vertritt.

98

99 Es ist Zeit zu handeln! Die Repräsentanten der EU und die Regierungen der einzelnen
100 Mitgliedsstaaten müssen ihrer Verantwortung für die Zukunft eines geeinten Europas gerecht
101 werden und – auch in schwierigen Zeiten – eine Neuordnung wagen, die für die
102 Herausforderungen einer aus den Fugen geratenen Welt gewappnet ist.